

# Wirtschaft in Bezug auf Soziale Arbeit



Die Grünen setzen sich für eine stärkere Förderung gemeinwohlorientierter Unternehmen ein. Sie betonen, dass wirtschaftlicher Erfolg auch soziale Nachhaltigkeit mit einschließen muss. Die nationale Strategie für Soziale Innovationen und gemeinwohlorientierte Unternehmen soll fortgeführt werden. Die Wohlstandsmessung soll ausgebaut werden und auch soziale Faktoren verstärkt Berücksichtigung finden.



Die Linke betont die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und möchte erhebliche öffentliche Investitionen. Zudem strebt sie die Abschaffung der Schuldenbremse an, um die Finanzierung sozialer Projekte zu gewährleisten.



Der DBSH sieht diesen Ansatz positiv, fordert jedoch eine klarere Definition, wie genau soziale Unternehmen von wirtschaftlichen Förderungen profitieren können, in den letzten Jahren ist die Situation dieser Unternehmen aufgrund mangelnder Finanzierungsmodelle prekär gewesen. Es muss eine langfristige und nachhaltige Finanzierung gewährleistet werden.



Förderung öffentlicher Investitionen haben Potenzial für die langfristige Sicherung sozialer Angebote. Allerdings fehlt im Programm der Linken eine explizite Verbindung zur Sozialen Arbeit. Der DBSH betont die Notwendigkeit, die Auswirkungen wirtschaftlicher Maßnahmen direkt auf die Soziale Arbeit zu berücksichtigen und entsprechende Strategien zu entwickeln.



Das BSW setzt sich für die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe ein sowie einer Abkehr von internationaler Handelskonflikte.



Die FDP betont die Notwendigkeit des Bürokratieabbaus und die Förderung von Unternehmensgründungen. Sie setzt auf die Stärkung der Eigenverantwortung und spricht sich für weniger staatliche Eingriffe in die Wirtschaft aus. Soziale Arbeit wird in ihrer wirtschaftspolitischen Strategie nicht berücksichtigt.



Eine Abkehr von internationalen Handelsbeziehungen birgt die Gefahr, soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten zu verstärken, anstatt nachhaltige Lösungen zu fördern. Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik müssen Hand in Hand gehen, um gesellschaftliche Teilhabe, faire Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit zu gewährleisten. Protektionistische Maßnahmen dürfen nicht auf Kosten sozialer Dienste oder der globalen Verantwortung gehen.



Weniger staatliche Eingriffe und der Fokus auf Eigenverantwortung gefährden die Finanzierung sozialer Dienste, da der Staat dann möglicherweise seine Verantwortung für soziale Sicherungssysteme reduziert. Innovationen im Bereich Sozialunternehmen bieten jedoch Chancen für die Soziale Arbeit, insbesondere wenn bürokratische Hürden für gemeinnützige Initiativen abgebaut werden. Es ist jedoch entscheidend, dass der Staat weiterhin eine aktive Rolle in der Finanzierung und Unterstützung sozialer Dienstleistungen spielt, um soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit sicherzustellen.



Der Fokus liegt auf allgemeinen wirtschaftlichen Maßnahmen wie der Reduzierung von Steuern für Unternehmen und der Abschaffung des Solidaritätszuschlags, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken. Die CDU sieht in der Sozialwirtschaft eine wichtige Säule der deutschen Wirtschaft, setzt jedoch primär auf marktwirtschaftliche Lösungen. Direkte staatliche Interventionen in den sozialen Sektor werden kaum thematisiert.



Die SPD fokussiert sich auf wirtschaftliches Wachstum, die Sicherung von Arbeitsplätzen und soziale Entlastungen. Unternehmen sollen durch Investitionsanreize und eine Senkung der Stromkosten gestärkt werden, während eine Steuerreform die Mehrheit der Steuerzahlenden entlasten und hohe Einkommen stärker belasten soll.



Der DBSH fordert eine klarere Strategie zur Unterstützung Sozialer Arbeit als wesentlicher Teil der Wirtschaftsstruktur.



Der Fokus auf soziale Gerechtigkeit und die Entlastung von Beschäftigten ist grundsätzlich positiv, da diese Maßnahmen die soziale Absicherung und Kaufkraft stärken. Allerdings fehlen konkrete Maßnahmen zur nachhaltigen Finanzierung sozialer Dienste und zur wirtschaftlichen Absicherung der Sozialen Arbeit. Eine gezielte Unterstützung für die Soziale Arbeit ist notwendig, um die Arbeitsbedingungen hier langfristig zu verbessern.